

Bericht des Vorstandes

1. Vorsitzender

Dr. Wolfgang-Axel Dryden

Vertreterversammlung 10. März 2017







SPD

- Maßnahmenkatalog ausgerichtet an der alternden Bevölkerung
- Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung
- Diabetesplan NRW mit Stärkung von Prävention und Früherkennung
- Fortsetzung des Förderprogrammes Allgemeinmedizin
- Stärkung der Sicherstellung durch
 - Mobile Praxen
 - Integrierte Gesundheitszentren
 - Telemedizin
- Verbesserung der Behandlung Suchtkranker
- kontrollierte Cannabisabgabe
- Stärkung der Investitionsförderung für Krankenhäuser

CDU

Höchstmögliche Qualität und Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung

- sektorübergreifend einheitliche und gleiche Vergütung
- indikationsspezifische Behandlungspfade
- Sicherstellung stärken durch
 - engere Kooperation zwischen den Gesundheitsberufen
 - Telemedizin
- Verbesserung der Notfallversorgung durch
 - Stärkung der Notfallmedizin
 - Portalpraxen
- Fortbestand der Wahlfreiheit für Patienten
- Fortbestand der Freiberuflichkeit für Ärzte

FDP

- Wahlfreiheit für die Patienten
- Förderung der Telematikinfrastuktur
- Stärkung der Gesundheitsvorsorge
- Verbesserung der Investitionsförderung für Krankenhäuser

Grüne

- Verbesserung der Versorgung einer alternden Gesellschaft
- Kinderschutz
- engere Kooperation zwischen Ärzten und anderen Gesundheitsberufen
- Rolle der Hebammen stärken
- im Quartier sowohl in urbanen, als auch ländlichen Gebieten die Rolle des Hausarztes stärken (Allgemeinarzt und Pädiater)
- Einsatz der Telemedizin zur Sicherstellung in der Fläche
- Verbesserung der psychiatrisch/psychotherapeutischen Versorgung
- Verzahnung der Sektoren ambulante und stationäre Versorgung
- Verbesserung der Behandlung Suchtkranker
- kontrollierte Cannabisabgabe
- Sicherstellung auf kommunaler Ebene planen und umsetzen
- Verbesserung der Krankenhausfinanzierung

Linke

- Bürgerversicherung
- Verbesserung der Sicherstellung durch
 - Mobile Praxen
 - vernetzte Filialen
 - Förderung der Hausärztlichen Versorgung
 - Verbesserung der Kooperation zwischen Ärzten und nichtärztlichen Gesundheitsberufen
 - Verbesserung der psychiatrisch/psychotherapeutischen Versorgung
 - Liberalisierung der Drogenpolitik
 - Verbesserung der Krankenhausfinanzierung

Gemeinsamkeiten

- *parteiübergreifend* -

- stärkere Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung
- Telemedizin als Sicherstellungsinstrument
- Stärkung der Rolle des Hausarztes
- Verbesserung der Notfallversorgung
- Verbesserung der Krankenhausfinanzierung

Gemeinsamkeiten

CDU / FDP

- Wahlfreiheit des Patienten
- Freiberuflichkeit des Arztberufes

Grüne / Linke

- Verbesserung der Psychiatrisch/psychotherapeutischen Versorgung

SPD / FDP / Grüne / Linke

- Gesundheitszentren
- Liberalisierung der Drogenpolitik

SPD / Linke

- Mobile Praxen als Lösung für Sicherstellungsprobleme

zu Nummer 12 (§ 132 e des Fünften Buches Sozialgesetzbuch)

Krankenkassen können bislang zur Versorgung ihrer Versicherten mit Impfstoffen für Schutzimpfungen nach § 20 Absatz 1 und 2 **Rabattverträge mit einzelnen pharmazeutischen Unternehmern schließen**, die auf der Grundlage von Ausschreibungen zu vergeben sind. **Diese Rechtsgrundlage wird gestrichen**. Der Impfstoffmarkt ist auf Grund der Komplexität der Herstellung generell durch eine begrenzte Zahl von Herstellern gekennzeichnet. Die Anbieterstruktur spiegelt sich auch bei den Ausschreibungen wider. Die Herstellung von Impfstoffen ist komplex und geht daher mit Unwägbarkeiten einher, die auch Auswirkungen auf die Sicherheit und Sicherstellung der Versorgung haben können und im Falle von exklusiven Rabattverträgen zu Unsicherheiten bei der Versorgung und zu zeitweiligen Lieferproblemen führen können. **Um dies zu vermeiden, sollen künftig die Impfstoffe aller Hersteller für die Versorgung zur Verfügung stehen. Mit dem Inkrafttreten der Regelung entfällt die Grundlage für die exklusive Versorgung mit Impfstoffen. Bestehende Verträge können nicht verlängert werden. Dies dient letztlich auch der Erhöhung der Impfquote.**